

Mitschrift Pressekonferenz

Montag, 31. August 2020

per E-Mail teilen, Regierungspressekonferenz vom 31. August 2020

per Facebook teilen, Regierungspressekonferenz vom 31. August 2020

Sprecher: StS Seibert, Alter (BMI), Nauber (BMG), Collatz (BMVg), Burger (AA), Brandt (BMEL), Baron (BMWl), Jambo (BMBF)

Vorsitzende Wefers eröffnet die Pressekonferenz und begrüßt StS Seibert sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien.

StS Seibert: Guten Tag, meinen Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf die Demonstrationsereignisse hier in Berlin an diesem Wochenende eingehen. Wir haben am Wochenende ein Beispiel dafür erlebt, wie aus einer Demonstration heraus von einigen das Demonstrationsrecht, die Demonstrationsfreiheit missbraucht worden ist. Das Recht auf friedliche Demonstration ist natürlich auch in Zeiten der Pandemie ein ganz hohes Gut. Sie haben mich und die verschiedenen Kollegen hier dies immer wieder hochhalten hören. Nun hatten wir am Wochenende einen klaren Missbrauch dieses Rechts. Das Ergebnis waren schändliche Bilder am Reichstag, die so nicht hinzunehmen sind, Antidemokraten, die sich auf den Stufen unseres demokratischen Parlaments breitzumachen versuchten. Ein solches Verhalten wie auf der Reichstagstreppe, viele der Sprüche, der Fahnen, der Plakate, die da am Wochenende zu sehen waren, die Wahnvorstellungen, die mancher da verbreiten wollte - das entlarvt sich selbst.

Natürlich muss immer über Maßnahmen debattiert und gestritten werden, erst recht in einer so beispiellosen Herausforderung, wie es die Pandemie ist, in der wir ständig dazulernen. Dafür gibt es die demokratische Auseinandersetzung - in Parlamenten, in Bund und Ländern. Dafür gibt es eine freie Presse und eine kritische Öffentlichkeit. Dafür gibt es auch Demonstrationen, bei denen sich die Teilnehmer an die Regeln und Auflagen

halten.

Ich möchte im Namen der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin nach diesem Wochenende im Besonderen den drei Polizisten danken, die zunächst alleine für uns alle den Eingang zu unserem Parlament verteidigt haben. Das war geistesgegenwärtig und tapfer. Dann möchte ich allen Polizistinnen und Polizisten danken, die am Wochenende bei dieser Veranstaltung im Einsatz waren und versucht haben, einen ordnungsgemäßen Ablauf zu gewährleisten. Den verletzten Polizistinnen und Polizisten wünsche ich eine gute und rasche Besserung. Sie alle verdienen unsere Anerkennung. Sie alle sollen wissen und spüren, dass wir hinter ihnen stehen.

Schließlich möchte ich der überwiegenden Mehrheit der 83 Millionen Menschen in diesem Land danken, nämlich all denen, die sich in dieser Pandemie, auch wenn es nicht immer leichtfällt, vernünftig, umsichtig und rücksichtsvoll verhalten und die die Regeln einhalten. Die Szenen dieser Demonstration am Wochenende sollten uns nämlich nicht den Blick darauf verstellen, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland anders denkt und anders handelt als die Demonstranten von Berlin und dass Deutschland deswegen bisher insgesamt so gut durch die Pandemie gekommen ist.

Frage: Herr Seibert, erwartet die Bundeskanzlerin, dass bei diesen Demonstrationen am Wochenende und auch bei denen, die noch folgen werden, eine klare Abgrenzung stattfindet zwischen besorgten Bürgern und Menschen, die vielleicht Impfgegner sind, die „Hare Krishna!“ oder andere Dinge rufen und sich dort durchsetzen wollen? Erwartet die Bundeskanzlerin da eine klarere, eindeutige Abgrenzung gegenüber Rechtsextremisten?

Die zweite Frage dazu: Welche Konzepte hat die Bundesregierung, um dieser Melange aus völlig unterschiedlichen Interessengruppen und Ideologien Herr zu werden? Sonst werden sich diese Bilder ja fortsetzen.

StS Seibert: Ich möchte darauf verweisen, was ich gerade gesagt habe. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland, über 80 Millionen Menschen, verhält sich in dieser Pandemie ganz offensichtlich ganz anders.

Sie halten sich an die Regeln, sie halten Abstand, und sie benutzen Masken. Das ist nicht immer leicht und fällt nicht immer jedem leicht, aber die überwiegende Mehrheit tut es. Deswegen möchte ich sehr dafür plädieren, dass wir das Demonstrationsgeschehen am Wochenende nun nicht für die Verkörperung eines großen Teils der Bevölkerung halten. Man muss natürlich damit umgehen. Das ist zunächst einmal auch eine polizeiliche Herausforderung bei solchen Demonstrationen. Dort, wo klare Auflagen gemacht werden, muss die Polizei natürlich auch darauf schauen - das ist dann auch geschehen -, ob das geschieht.

Ich habe jetzt hier keine Erwartungen an Menschen auszusprechen, außer das: Wenn eine Demonstration unter bestimmten Auflagen genehmigt wird, dann hat man sich an diese Auflagen zu halten. Nur dann kann die Demonstration, wie geplant, stattfinden.

Es ist schon so, dass sich jeder auch überlegen muss: Mit wem marschiere ich denn da? Wer ist denn da alles noch dabei? Werden da Haltungen vertreten, mit denen ich tatsächlich eine Übereinstimmung habe oder mit denen ich auch gemeinsam auf der Straße gesehen werden soll?

Zusatzfrage: Sie haben jetzt die Verantwortung vor allem an die Polizei abgegeben. Die zweite Frage war: Welche Ideen oder Konzepte hat möglicherweise die Politik, die Bundesregierung, um sich argumentativ mit dieser Melange, würde ich es einmal nennen, aus Ideologien, die da auf einem Haufen sind, auseinanderzusetzen? Denn eine politische Auseinandersetzung muss es immer geben. Die erwartet auch die Kanzlerin bei allen möglichen Konflikten auf der Welt und auch in Deutschland.

StS Seibert: Ich habe nicht die Verantwortung auf die Polizei abgeschoben. Das war jedenfalls sicherlich nicht meine Absicht. Die Polizei ist dafür da, dass sie genehmigte Demonstrationen so begleitet, dass die entsprechenden Auflagen und Regeln auch eingehalten werden. Das ist die Rolle der Polizei. Die haben die Polizistinnen und Polizisten am Wochenende unter sehr schwierigen Umständen auch wahrgenommen.

Das, wonach Sie fragen, ist nicht so pauschal zu beantworten. Wenn es darum geht, dass es Impfgegner gibt, wird es immer die Aufgabe auch der

